



„Endlich mal die Wahrheit sagen!“ – Jugendliche analysieren die Diskussion um die Schwierigkeiten auf dem Lehrstellenmarkt

In einem Projekt forschenden Lernens „Wir wollen mehr als Leerstellen“ haben sich Jugendliche aus fünf Bremer Schulen¹ mit Daten zum Bremer Lehrstellenmarkt und ihrer politischen Auslegung beschäftigt. Sie analysierten Presseerklärungen, werteten Statistiken aus und konfrontierten die Öffentlichkeit mit ihren Ergebnissen.

DER LEHRSTELLENMARKT AUS UNTERSCHIEDLICHEN PERSPEKTIVEN

„Wer von euch hat denn schon eine Lehrstelle?“ Diese Frage stellen Lehrkräfte in den 10. Klassen der Haupt-, Real-, und Gesamtschulen tausendfach. Am Ende des Schuljahres können dann in vielen Haupt- und Realschulklassen nur zwei oder drei der Schüler eine Lehrstelle aufweisen. Manchmal wird ein solcher Fall öffentlich bekannt, aber es bleiben Momentaufnahmen, die den nächsten Jahrgängen als Hinweis für mehr Anstrengungen auf den Weg gegeben werden. Diese Erfahrungen stehen zwar im Widerspruch zu den offiziellen Verlautbarungen von Wirtschaft und Politik zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt, aber die Deutungshoheit liegt hier weit jenseits der Einzelerfahrungen von Schülern und Lehrern.

In der Öffentlichkeit wird das Problem mangelnder Ausbildungsplätze häufig schön gerechnet. Seit Jahren steht die geringe Zahl der „nicht vermittelten Bewerber“ (bundesweit 5–7 %) im Zentrum der öffentlichen Diskussion und nicht die Zahl der Bewerber, die tatsächlich auch in eine Berufsausbildungsstelle einmünden. So fällt es leicht, die Verantwortung auf die „wenigen“, angeblich nicht ausbildungswilligen oder -fähigen Bewerber abzuschieben und der Diskussion über die strukturellen Probleme der Berufsausbildung aus dem Wege zu gehen. Diese Betrachtung herrscht auch in Bremen vor.

ANALYSE POLITISCHER ÄUSSERUNGEN

Die Schüler des Projekts – alle im 11. Jahrgang – haben sich mit dieser Position am Beispiel von Presseerklärungen

und Landtagsprotokollen kritisch auseinandergesetzt. Sie wollten klären, wie viele der Bremer Schulabsolventen des 10. Jahrgangs des Schuljahrs 2002/03 innerhalb von drei Jahren nach Schulende eine Berufsausbildung beginnen konnten. Zuerst schauten sie sich die offiziellen Verlautbarungen von Wirtschaft und Politik in Bremen an:

- In einer Pressemitteilung des Senats zur Bewerberrunde 2003 hieß es: „Am 30. 9. 2003 hatten 221 beim Arbeitsamt gemeldete Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz gefunden.“ Bei insgesamt 5.109 Bremer Bewerbern ist das eine Fehlquote von 4,3 % bei den Ausbildungsplätzen.
- Die Bremer Handelskammer spricht in ihrer Presseerklärung von einer „ausgeglichenen Ausbildungsplatzbilanz“. Das muss ja wohl heißen, jeder, der ausbildungsfähig und -willig ist, war auch erfolgreich.
- In einer großen Anfrage wollte die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft vom Senat zum Ausbildungsjahr 2003 wissen: „Wie viele Schulabsolventen konnten keine Lehrstelle finden?“ Die Antwort: „Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen umfasste im Jahr 2003 6.529 Plätze.² Wird dieser Nachfrage das Angebot von 6.254 Plätzen gegenübergestellt, fehlten 275 Ausbildungsstellen.“ Statt die Frage zu beantworten, werden Angebot und Nachfrage verglichen. Es fehlte demnach nur für 4,2 % der Bewerber ein Ausbildungsplatz. Aber warum wird die Frage nicht beantwortet? Lagen dazu keine Zahlen vor?
- Durchaus, wie schon eine Woche später in einem Bürgerschaftsantrag der Grünen-Fraktion deutlich wird. Sie spricht von einer „dramatischen“ Situation: „Im Arbeitsamtsbezirk Bremen haben 2003 von 5.109 Ausbildungsplatzsuchenden nur 1.879 einen Ausbildungsplatz erhalten. Das entspricht einer Quote von 36 %.“

Die Schüler fragten sich, was denn nun stimmt, eine Fehlquote von 4 % oder eine von satten 64 %? Sie stellten überrascht fest, dass sich beide Seiten auf die „Verbleibsstatistik“ der Arbeitsagentur beziehen. Sie enthält die Zahlen über die Berufseinmündung in das duale System und andere Formen der Berufsausbildung. Diese Einmündung liegt in Bremen in 2000 bis 2006 zwischen 36 % und 42 %. Die Bewerber ohne „Berufseinmündung“ besuchen u. a. berufsvorbereitende Schulen und Maßnahmen, ergreifen oder suchen einen Job, sind unbekannt verblieben usw., aber von ihnen gilt keiner als „nicht vermittelt“. Das sind angeblich nur die 221 Bewerber (4 %), die auch Ende September noch nicht resigniert haben oder sich mit keiner „Maßnahme“ zufriedengaben.

AUSWERTUNG DER SCHULSTATISTIK

Mit diesen Vorkenntnissen starteten die Schülerinnen und Schüler in die nächste Phase des Projekts: Vom Senator für Bildung erhielten sie die Zahlen über den Verbleib aller Bremer Schüler, die im Jahrgang 2002/03 als potentielle Interessenten für eine Lehre gelten mussten, weil sie die

10. Klasse absolviert oder ohne Abschluss die Schule in den Klassen 7–10 verlassenen hatten. Insgesamt waren dies 2.632 Schüler (280 Schüler ohne Abschluss, 1.020 mit Hauptschulabschluss und 1.332 mit Real- schulabschluss, die nicht auf die gymnasiale Oberstufe wechselten). Nur 22 % von ihnen erhielten sofort im nächsten Schuljahr eine Lehrstelle und tauchten an einer Bremer Berufsschule in der dualen Ausbildung auf. Gut 8 % begannen eine vollschulische Berufsausbildung und 41 % besuchten eine berufsorientierende Schule. Weitere 23 % verblieben in der Statistik „unbekannt“. Dies könnte bedeuten, dass ihre Berufsschule in einem anderen Bundesland lag, sie eine private Berufsschule besuchten, die von der Statistik des Senators nicht erfasst wird, sie verzogen sind, jobbten oder im Bremer „Hartz-IV-Heer“ aufgegangen sind.



Bürgermeister Böhrens mit der Projektgruppe

Bis zum Schuljahr 2005/06 erhöhte sich der Anteil dieser „unbekannt verbliebenen“ auf 44 % des untersuchten Jahrgangs. Aber: nur 36 % des Jahrgangs waren nach drei Jahren in die duale Ausbildung in Bremen eingemündet und weitere 8 % in eine vollschulische Berufsausbildung, zusammen also 44 %.

TELEFONINTERVIEWS MIT EHEMALIGEN SCHÜLERN

Das Projekt wollte im nächsten Schritt klären, was aus der großen Zahl der „Unbekannten“ geworden ist. Sie sollten per Telefon befragt werden, ob sie in den letzten drei Jahren eine Berufsausbildungschance erhalten hatten und was sie heute machen.

Bei 433 Schülern/-innen kam ein Interview zustande. 181 von ihnen hatten eine Lehrstelle erhalten, also gut 40 %. 60 % gingen bisher leer aus. Sie besuchten beispielsweise weiter Schulen, hatten ungelernete Arbeit, Nebenjobs oder waren arbeitslos. Die Schülergruppe addierte die 181 erfolgreichen Bewerber zu denjenigen aus der Schulstatistik und kam zu dem Ergebnis, dass mit Sicherheit nur die Hälfte des untersuchten Jahrgangs nach drei Jahren in eine Berufsausbildung eingemündet war. Allerdings ließ sich für immer noch 28 % der Verbleib nicht klären.

KONFRONTATION DER ÖFFENTLICHKEIT

Presse und Politik in Bremen zeigten sich von der Arbeit des Schulprojekts beeindruckt. Bürgermeister Böhrens erklärte: Die Schüler „haben Zahlen geliefert, die es bislang so nicht gab. Das schließt Lücken in unserem Wissen über die tatsächliche Lage.“ Die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft lud die Schüler ein, ihre Ergebnisse vorzustellen. Am Ende der Diskussion forderte die Fraktion den Senat auf, zu den Ergebnissen des Schulprojekts Stellung zu nehmen. Der Senat erklärte in der Bürgerschaft, es handele sich um ein bundesweites Problem, dass Bewerber um einen Aus-

bildungsplatz zunehmend in schulische „Übergangssysteme“ einmünden, weil sie immer seltener eine Lehrstelle fänden. Der Anteil der Berufsschüler im dualen System sei in den letzten Jahren auf 43 % zurückgegangen. Er bestätigte insoweit erstmals die Ergebnisse des Schulprojekts.

Zur Lage in Bremen ließ der Senat die Verbleibsstatistik außen vor. Statt dessen argumentierte er: „Seit dem Jahr 2002 steigt die Ausbildungsquote im Lande Bremen, während sie im Bundesdurchschnitt nahezu gleich geblieben ist.“ Bei diesen Prozentzahlen wird verschwiegen, dass die Ausbildungsquote im Land Bremen *unter* dem Bundesdurchschnitt liegt und die prozentuale Steigerung nur bei dem Basisjahr 2002 bei 0,11 Prozentpunkten liegt.

Keiner der anwesenden 80 Schüler war mit dieser Antwort zufrieden, da sie nicht auf das von den Schülern bearbeitete Material einging. Entscheidend sei, dass wieder keine Zahlen über die Einmündung in Berufsausbildung vorgelegt wurden. Der Schluss einer Schülerin: „Man sollte endlich mal die Wahrheit sagen.“ Ein Abgeordneter stellte fest, dass in der gesamten Antwort des Senats das Wort Berufseinmündung nicht vorkomme. Sie liege im Jahr 2006 bei 42 %. Eine Senatorin erklärte, sie habe erkannt, dass der Streit um 42 % Berufseinmündung oder 4 % „nicht vermittelte Bewerber“ nicht einfach ein Streit um Statistiken sei. Vielmehr habe er „erhebliche sozialpsychologische Bedeutung“ für die erfolglosen Bewerber.

Das konnten wir an der Projektschülerin Irina sehen. Sie beschrieb ihr Scheitern nach über 70 Bewerbungen als eigenes Versagen: „Im Oktober stand im ‚Weserkurier‘, dass 96 % der Bewerber in dieser Runde erfolgreich waren. Zuerst dachte ich, 96 % hätten eine Lehrstelle bekommen, und nur 4 % seien wie ich erfolglos gewesen. Das wäre ja ein fürchterliches Ergebnis für mich. Doch heute, durch unser Projekt, weiß ich, dass ich da nicht alleine bin, sondern viel mehr Schüler davon betroffen sind.“

Irina hat nach dem Projekt die Schule verlassen und hofft jetzt, über ein Praktikum an eine Lehrstelle zu kommen. An welcher Stelle der Statistik mag sie jetzt wohl auftauchen? Egal, sie fällt bestimmt nicht unter die „unversorgten“ Bewerber um eine Lehrstelle. ■

Hans-Wolfram Stein

Lehrer für Wirtschaft und Politik am SZ Walliser Straße in Bremen, Netzwerkkordinator im BLK-Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“

Anmerkungen

- 1 Schulzentrum (SZ) Rübekamp (Anne Creutz); SZ Walle (Frank Nieswandt), SZ Walliser Straße (Hans-Wolfram Stein), Gesamtschule Mitte (Barbara Joch) und Gesamtschule West (Thomas Weinknecht)
- 2 Zahlen für das Land Bremen, vorher für die Stadt Bremen

Die Ergebnisse des Projekts wurden in einer Ausstellung präsentiert:
www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/Berichte/nachtderjugend/Berufsausbildung.pdf